

Neuer Hochheimer Stadtauszeiger

Amtesliches Organ



1. Stadt Hochheim

Geprint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach-Hörsch, Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonne oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Colonne 30 Pf., Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postkontonr. 168 67 Frankfurt am Main.

Dienstag, den 27. April 1926

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Nach Unterzeichnung des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages beschäftigt die Sowjetregierung die Verhandlungen mit Frankreich wieder aufzunehmen. Die Sowjetregierung hat sich bereit erklärt, zu erklären, daß sie getrennt mit Frankreich Verhandlungen zu führen bereit sei.

Wie aus Teheran gemeldet wird, wurde der neue Schah von Persien, Riza Khan Pahlavi, am Sonntag mit großer Pracht in Teheran gefeiert.

Nach der „Chicago Tribune“ hat der Niederlegierte Reid in Afrika geäußert, wenn die Zeit gekommen sei, werde er eine lange Reise durch Europa unternehmen, und es sei nicht ausgeschlossen, daß er sich nach Amerika begeben werde.

Wie Pabos aus Beirut berichtet, haben die französischen Truppen nach heftigstem erbittertem Kampfe gestern Sueda genommen. Die Truppen hätten in Stärke von etwa 6000 Mann Widerstand geleistet und große Verluste erlitten. Die Besatzer seien in die Hand der Franzosen gefallen.

Allerlei Möglichkeiten.

Der Weltkrieg und seine Folgen sind ein Bündel von Möglichkeiten und Überraschungen gewesen, die zum Teil nicht ihren Abschluß erreicht haben. Nach dem Vertrag von Versailles kam mancherlei anders als erwartet. Die wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Schwierigkeiten, unter welchen Deutschland zu leiden hat, haben auch andere Staaten nicht unberührt gelassen. Paris ist energisch berührt worden, daß an den Rechten der Völkerbündnisse nicht gerüttelt werden dürfe. Es läßt sich aber nicht übersehen, ob nicht doch Änderungen vorgenommen werden dürfen, um Erleichterungen in den gegenwärtigen Zuständen herbeizuführen. Jedenfalls können mit diesen Möglichkeiten geschaffen oder aber beseitigt werden, denn die Verhältnisse sind flüchtiger als ein Wasser. Wir können Hoffnungen hegen, daß wir keine Würgerschaft dafür, daß sie sich erfüllen.

Bei der Dawes-Konferenz in London im Sommer 1924 wurde der vom Jahre 1928 ab von Deutschland zu zahlende Höchstbetrag auf 2000 Millionen Goldmark festgelegt. Heute ist der begründete Zweifel aufgetaucht, ob es zwischen den Reichen möglich sein wird, diese gewaltige Summe alljährlich aufzubringen. Welche Möglichkeiten sich ergeben werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Paris ist bereits ausgesprochen worden, daß Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber Amerika nicht nachkommen kann, falls Deutschland sich außerstande zeigt, seine Dawes-Zahlungen nach Paris pünktlich zu begleichen. Das ist eine Möglichkeit, die eintreten kann, wenn sich für das Reich größere finanzielle Hindernisse herausstellen.

Es ist auch bei uns in Deutschland nicht erwartet worden, daß die Angelegenheit der Fürstenabfindung und eine anderweitige Regelung der Aufwertung, die zur Stunde von neuem in der öffentlichen Debatte beherrscht, zu so weitgehenden Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben würden, nachdem im Grunde ein Ausgleich erzielt wurde. In unseren inneren Angelegenheiten haben wir Deutschen wirklich Unglück oder wenigstens Grund dafür vorhanden wäre. Die Auseinandersetzung zwischen den ehemals regierenden Fürstenstaaten wurde als eine Angelegenheit betrachtet und sie konnte es bleiben, ohne daß Reich zu befehlen. Denn was geht schließlich die preussische Angelegenheit an? Wenn sich jetzt bei der Regelung im Reich die Fürstenfälle herausstellen sollten, wird man das einsehen und deren Mißgriff bedauern. Bei den Verhandlungen der Aufwertung von neuem zu regeln, liegen die Schwierigkeiten ziemlich ebenso. Man griff 1925 der Zukunft vor, daß eine Notwendigkeit hierfür bestanden hätte. Für eine Aufwertung fehlt das Geld, das hand fest, aber niemand würde sich vorherlegen, ob sich nicht später einmal eine Lage ergeben würde, die es gestatten könnte, den berechtigten Wünschen ungefahr zu entsprechen.

Zur Fürstenabfindung.

Eine amtliche Meldung aus Berlin zufolge hat die Reichsregierung beschlossen, den im Volksbegehren verlangten Höchstbetrag eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen auf 2000 Millionen zu unterbreiten. Demgemäß hat der Reichstag des Innern eine entsprechende Vorlage an den Reichstag gemacht.

Die Vorlage enthält einen Bericht, der das Zustandekommen des Volksbegehrens feststellt. Dem Bericht sind vier Anlagen beigelegt, nämlich der Gesetzentwurf, eine Nebenschrift zum Gesetzentwurf, eine Darlegung der Reichsregierung zum Gesetzentwurf und eine gütliche Aufklärung zum Gesetzentwurf.

Die Darlegung der Reichsregierung führt aus: „Die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorsieht, widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die Reichsregierung vermag daher den Inhalt des Entwurfs nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern anzusehen und spricht sich auf das Entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus. Dagegen kann nach Ansicht der Reichsregierung eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage nach den Grundsätzen des zur Zeit der Beratung des Reichstages des Reichstages unterliegenden Entwurfs eines Gesetzes über die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern (so genannter Kompromißentwurf) erfolgen. Die Regierung wird ihrerseits im Verfolg ihrer Erklärung vom 26. 1. 1926 das Zustandekommen eines Kompromißentwurfes mit allen Mitteln fördern und hofft, daß auf diesem Wege für die Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Ländern eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, durch die sich der weitergehende Gesetzentwurf des Volksbegehrens inhaltlich erübrigt.“

Geld über die politische Lage.

Locarno eine Kette von Enttäuschungen.

Auf der Tagung des Landesverbandes der Bayerischen Volkspartei in Regensburg hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld eine große Rede über politische Fragen gehalten. Einleitend besprach er in längeren Ausführungen die allgemeinen Probleme der deutschen Außenpolitik; diese zu fördern, sei sein festes Ziel, das der Würde des deutschen Volkes nichts vererbe.

Wenn wir allerdings, sagte Feld, nach dieser Richtung hin die deutsche Außenpolitik der letzten 1 1/2 Jahre betrachten, so kann ich nicht behaupten, daß wir eine besonders glückliche Hand hatten. Der Sicherheitspakt ist im letzten Grunde nichts anderes als eine Sicherung der englischen Politik. Was wir bisher von Locarno erleben, ist nur eine Kette von Enttäuschungen. Das gilt besonders für unsere Pfalz. Der Völkerbund ist nichts anderes als ein Instrument der Siegerstaaten, um uns an die Wand zu drücken. Deutschland kann sich außerhalb des Völkerbundes viel stärker geltend machen als es im Völkerbund möglich ist. Ich würde es für einen Fehler halten, wenn Deutschland nur eine Westpolitik treiben wollte. Ich glaube, daß das Ausland von heute nicht das Ausland der Zukunft sein wird.

Zu den innerpolitischen Fragen übergehend, betonte der Ministerpräsident zunächst die Notwendigkeit einer gelunden Kapitalbildung. Die Steuerpolitik, die die Substanz angreift, sei ein Verhängnis für das ganze Vaterland. Zur Fürstenabfindung erklärte Feld, die Grenze zwischen dem, was Privatvermögen und öffentlich-rechtliches Eigentum ist, müsse klar gezogen werden. Zur Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Bayern betonte Feld, daß seine Partei auf dem Boden des Föderalismus stehe. Die Einheit des Reiches wollen wir unter allen Umständen, aber dazu braucht man kein Einheitsreich, das alle Staaten verschlingt und in dem nur ein entscheidender Wille für alle Fragen maßgebend ist.

Die Genfer Wirtschaftskonferenz.

Beginn der Vorbereitungen.

In Genf hat am Montag die Tagung der Kommission für die Vorbereitung einer Weltwirtschaftskonferenz begonnen. Zu dieser Tagung sind 30 Delegierte der verschiedenen Staaten von Europa emporgesessen. Am Sonntag fand eine vorbereitende Besprechung bei dem Direktor der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes, Sir Arthur Salter, statt, an der die namhaftesten Delegierten teilnahmen.

Zur Debatte stand das Programm der Arbeiten der Kommission. Soweit sich jetzt übersehen läßt, sind die meisten Delegationen ohne feste Richtlinien nach Genf gekommen, so daß zur Stunde noch völlige Unklarheit darüber herrscht, welche Probleme zur Erörterung gelangen werden. Auch das Völkerbundsekretariat hat stärkste Zurückhaltung geübt, um nicht den Eindruck zu erwecken, als beabsichtige es durch die vorbereiteten Arbeiten den Gang der Verhandlungen zu beeinflussen.

Die größte Gefahr für die Konferenz liegt in ihrer völligen Programmlosigkeit und damit der Möglichkeit, die Debatte ins Uferlose auszuweiten. Es ist selbstverständlich, daß fast alle Wirtschaftsprobleme zur Sprache kommen, die die einzelnen Völker bedrücken und die sie ohne fremde Hilfe nicht lösen können. Im Mittelpunkt der Erörterungen wird anscheinend das Problem einer Zollunion stehen. Es ist die Frage, ob diese ohne oder mit England verwirklicht werden soll. Weitere wichtige Verhandlungsgegenstände sind die Kohlenfrage, die Eisenfrage und die Zuckerfrage.

Der deutsch-russische Vertrag.

Die wichtigsten Bestimmungen.

Nachdem die deutsch-russischen Abmachungen nunmehr vom Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem russischen Vizepräsidenten in Berlin, Krestinski, unterzeichnet worden sind, erfährt man jetzt aus parlamentarischen Kreisen auch nähere Einzelheiten über ihren Inhalt.

Das Dokument selbst enthält vier Bestimmungen. Nach diesen sichern sich erstens beide Vertragsteile Neutralität für jeden Angriff zu, der nicht von einer der beiden Parteien herbeigeführt ist; 2. wird vereinbart, daß Deutschland entsprechend seiner bereits in den Locarno-Verträgen festgelegten Auffassung an wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen des Völkerbundes gegen Rußland sich nicht beteiligt, wenn der deutsche Vertreter einem solchen Beschluß des Völkerbundes nicht zugestimmt hat; 3. wird das bereits im Rapallo-Vertrag vereinbarte deutsch-russische Freundschaftsverhältnis bekräftigt durch Förderung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen und endlich ist für etwaige Streitfragen, die sich aus dem Vertrag, besonders aus Deutschlands Bindung in bezug auf Locarno und Genf ergeben könnten, die Anrufung einer Schiedsinstanz vereinbart.

In der Anlage werden die einzelnen Vertragsbestimmungen erläutert. Es haben sich die Verhandlungen über diese Punkte und ihre notwendige Anpassung an die Artikel der Völkerbundsstatuten außerordentlich schwierig gestaltet.

Deutschnationale und Reichsregierung.

Auf einer Tagung des Landesverbandes Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei verbreitete sich der Parteivorstand über die Ziele der Partei. Er erklärte dabei u. a.:

Wir wollen uns mit dem der Größe und Bedeutung der Partei entsprechenden Einfluß den unmittelbaren Anteil an den Regierungsgeschäften erringen. Unser Ziel kann jedoch nicht durch den Eintritt in die jetzige Regierung erreicht werden. Auch eine Unterstützung der jetzigen Regierung, die es ihr ermöglicht, außenpolitisch mit den Sozialdemokraten und innenpolitisch in diesem oder jenem Fall mit uns zu regieren, führt nicht zum Ziele. In der Außenpolitik halten wir an der Opposition fest. Die Gründe, aus denen wir noch vor kurzem die Politik von Genf bekämpft und die Zurücknahme des Antrages auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gefordert haben, sind inzwischen nicht beseitigt, sondern verschärft worden. Man mag an die Befähigungslast oder an die Militärkontrolle, an Chamberlains Ablehnung jeder Verkürzung der Bewaffnungslisten oder an die fortgesetzten Bemühungen denken, Deutschlands Aufnahme in den Rat durch dessen Erweiterung zu entwerthen. Der jetzt bekannt gewordene deutsch-russische Neutralitätsvertrag ändert an unserer Locarno-Politik nichts. Zu dem Fürstentumskompromiß erklärte Graf Westarp: Bei den Verhandlungen über dieses Kompromiß werden wir uns nicht durch die Feitsche des Volksbegehrens von unseren Grundsätzen abbringen lassen.

Die Friedensverhandlungen in Marokko.

Porte Bedingungen der Spanier und Franzosen.

Der Sonderberichterstatter der Pabosagentur in Algier teilt mit, die französische Delegation sei von der französischen Regierung ermächtigt worden, in Algier mit den Rifbelegierten die offiziellen Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die Zustimmung der spanischen Regierung steht noch aus, sei jedoch zweifellos zu erwarten. General Primo de Rivera werde beantragen, zunächst mit der Beseitigung der militärischen Bedingungen zu beginnen, d. h. 1. Austausch der Gefangenen mit sofortiger Entlassung einer Rote-Kreuz-Kommission ins Rifgebiet, 2. endgültige Beseitigung strategischer Punkte, die wie es in dem Bericht heißt, „einstweilen bereits durchgeführte“ sei, 3. Entwaffnung der Stämme, 4. Bildung von gemischten Polizeikräften. Daran werde sich die Debatte über die politischen Fragen anschließen, nämlich Anerkennung der Souveränität des Sultanats, Entfernung Abd el Krim und der Verwaltungsorganisation des Rifgebietes. Bei dieser letzten Frage werde der Sultan durch einen Delegierten vertreten sein. Man wolle, in dieser Woche zu einer Verständigung zu gelangen. Die Einzelheiten der Durchführung würden alsdann von einer gemischten Kommission geregelt werden.

Politische Tageschau.

Der Sparerbund und die Aufwertungsstellen. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Sparerbund in einer Eingabe an das Reichsjustizministerium zur Vorbereitung eines Volksbegehrens in der Aufwertungsfrage und zur Vermeidung von Rechtsverwirrung die sofortige Einstellung der Aufwertungsverfahren von Grundbuchämtern und Aufwertungsstellen bis auf die allernächsten Fälle beantragt. Die gleiche Eingabe ist an die Justizministerien der Länder gerichtet und dem Reichstag, sowie den politischen Parteien zu geleitet worden.

... haben, d
... stellt wird, in
... im Riechl
... Frage. Der neue S
... ist von der Felt
... der Aufhellung des Se

5, Roggen 11
75—24,25, Weizenmehl 2
0,50—31, Rind

und Polizei.
an mehreren
Bergedorfer
Menge Dieb
Diebe zogen
Beuergesein.
und der M
innen.

der außerordentlichen Flugveranstaltungen. Auch seine Frau wurde am 1. April 1938 im Alter von 50 Jahren verstorben. Eine schwere Krankheit verlegte ihn in die letzten Jahre seines Lebens. Er starb am 1. April 1940 im Alter von 60 Jahren. Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem Friedhof in Berlin.

f. 1888. Von 1888
 träge gehalten
 „Das Jahn
 „Liebe und

tag.

Berlin, 26.
 a Beginn seiner
 e dann die gewöhnliche
 haushaltete

... mit einem
... der Fonds
... und

ng hätten. Die
haft habe die
ert. Die Gend
it fühlen und
nülle in der Gr

den. Der Hof
Riveaus der
bligkeit dar, bei
und vom Hader

müsse vor allem
nicht aus der
hohen Zinsen
Spar sei notwen
erhöht werden.

nicht ganz zu
Wang können.
Es auf die Zeit
er seien nicht
ich, diesbezüg-

den lassen. Gut
kräftigen In-
nen mehr

sehr gefährlich

berbeizuholen
Baren nicht
ch, den Betrag
o aber wollte

er möge
einen ihnen
Anaben sofor
ehr möglich
994-25 einen

... schritten ihren
... meter gegan-
... en jahen. Ob-
... schritt weiter.

sie sich in
schaffigen
elten Waren
vor, denn sie

die Leute
nächsten
fünzig Sch
ren, rief
z. hielten

Wort: „Vasor“
dem Hufe: „Vasor“
ausfließen: „Vasor“

Das Mädel
en Worte
önnen.
wunden.

Fortsetzung



Man blättert Manuskripte nur einseitig zu beschreiben.

1758 * Der amerikanische Staatsmann James Monroe in
Westmoreland († 1831) — 1799 Rastatter Gesandtenmord —
1853 † Der Dichter Ludwig Tieck in Berlin (* 1773) — 1874 *
Der Schriftsteller Karl Kraus in Gitschin — 1895 † Der Chirurg
Karl Bierich in Leipzig (* 1832) — 1896 † Der Geschichtsschreiber
Heinrich v. Treitschke in Berlin (* 1834) — 1916 Übergabe vom
Kut el Amara an die Türken — 1925 † Der Regierungspräsident
Hansich in Wiesbaden (* 1876).

Man bittet Manuskripte nur einseitig
zu beschreiben.

Ernstes und Heiteres.

Übergläubigkeit und Religion.

Ein weitverbreiteter Übergläubigkeit besagt, daß ein Spiegel, der in Scherben geht, sieben Jahre Unglück bedeutet. Wie so oft, so wurzelt auch in diesem Fall die abergläubische Vorstellung in einer primitiven religiösen Idee, die sich zum Teil noch heute bei primitiven Völkern findet. In den Anfängen der Zivilisation gilt nämlich eine spiegelnde Fläche regelmäßig als Instrument göttlicher Offenbarungen. Zerbricht der Spiegel, so ist es die Gottheit, die ihn zerbrochen hat, um nicht gezwungen zu sein, eine Wendung zum Schlechten, die das Schicksal zu nehmen droht, dem Gläubigen kundzutun zu müssen. Der zerbrochene Spiegel bedeutet also Unglück, und das ist natürlich ebenso logisch wie ein Rechenexempel von Adam Ries.

Auch der poetische Brauch, bei Hochzeiten Blumen auf den Weg des Brautpaares zu streuen, ist im Grunde abergläubischer, beziehungsweise religiöser Natur. Er ist ein Überbleibsel der Naturkulte alten Gewohnheit, den bösen Geistern, die vor den Füßen der Jungvermählten lauerten, Gaben darzubringen, um ihren Groll zu verjagen. Diese Gaben waren ursprünglich meist Lebensmittel. Die bösen Geister, die als ewig hungrig dargestellt wurden, sollten sich gütlich tun können, ohne Blut und Seele des jungen Paares anzuhaben zu müssen. In vielen Ländern werden denn auch bis zum heutigen Tage nicht nur Blumen, sondern auch allerhand Süßigkeiten und Süßigkeiten auf den Weg des Brautpaares gestreut. Die Chinesen verwenden zu diesem Zweck Reisförmchen, die angeblich die Fruchtbarkeit bedeuten sollen, die dem jungen Paare gewünscht wird. Aber es handelt sich hier offensichtlich um ein nachträgliches Hineingeheimnissen einer irdischen Erklärung in eine Laienentziffer, deren ursprünglicher Zusammenhang in Vergessenheit geraten ist. Auch die ausgereinigten Reisförmchen hatten ursprünglich keine andere Bestimmung als die, die Eier der bösen Geister zu beschwichtigen.

Wie groß sind die deutschen Hopfenvorräte?

Die neueste Zusammenstellung über die noch bestehenden Vorräte bei den Hopfenproduzenten sämtlicher deutscher Anbaugelände, die seitens des Deutschen Hopfenbauvereins veröffentlicht wurde, hat den Beweis geliefert, daß die Ernteschätzung vom September 1925 richtig war. Die ermittelte Vorratsgröße von 3645 Zentner, wovon die Gallertan allein noch mit 2735 Zentner inbegriffen ist, hat sich aber inzwischen merklich verringert, da in der engeren Gallertan in den letzten drei Wochen mehr als 1000 Zentner aufgebraucht wurden. Sollte sich dieser Abgang mit den Vorräten in den Handelskreisen decken, so bleibt für die noch mehr als viermonatige Bedarfszeit ein Bestand von nur rund 2645 Zentnern.

Was der April gebracht hat.

Die Apriltage gehen zu Ende. Erst im letzten Drittel des Monats haben sie sich verschiedentlich unwirtlich und voll schlechter Laune gezeigt. Auch an Gewittern hat es in verschiedenen Gebieten nicht gefehlt. Bisher aber war sehr viel Sonnenschein vorhanden. Die Blütenentwicklung hat gute Fortschritte gemacht, ohne durch Nachfröste geschädigt zu werden, und Obst und Nachwuchs haben sich pünktlich eingestellt. Der Spargel ist in einer Menge zum Markt gebracht worden, wie man es im April nicht oft erlebt hat. Die Zahl der Erwerbslosen hat sich verringert, wenn auch die Bezahlung auf dem Baustarkt noch mehr zu wünschen übrig ließ, als den Wohnungsuchenden lieb wäre. Nun geht es zum Mai, von dem

der alte Spruch sagt, daß er dem Bauer Scheune und Hof füllt, wenn der Monat kahl und naß ist. In der Nacht zum 1. Mai (Walpurgisnacht) ziehen nach der alten Sage die Hexen zum Blocksberg (Brocken).

Briefverluste. Die Gewohnheit des Publikums, Geld und geldwerte Gegenstände in gewöhnlichen Briefen mit der Post zu versenden, ist tief eingewurzelt. Sie beruht auf dem Vertrauen der Öffentlichkeit zur Post und auf der Erfahrung, daß gewöhnliche Briefe nur selten verloren gehen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die Erscheinungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, die sich mit dem Niedergange der städtischen Kraft des Volkes überall bemerkbar machen, auch innerhalb der Post mit ihrem 300 000 Köpfe zählenden Personal, das noch dazu mit Hilfskräften fast durchwegs ist, nicht spurlos vorübergehen konnten. Erfahrungsweise haben sich die Verhältnisse seit den Jahren 1919 und 1920 infolge nachhaltiger Bekämpfung der Unzufriedenheit im Beförderungswesen schon wieder sehr gebessert. Immerhin ist die Sicherheit der Briefbeförderung noch nicht erreicht. Auch das Publikum muß an der Beförderung mithelfen und deshalb die Unfälle aufgeben, Geldscheine in gewöhnlichen Briefen zu verschicken. Diese Beförderungsmethode gibt nicht zuletzt auch ungetreuen Elementen außerhalb der Post Anreiz und Gelegenheit, sich auf verhältnismäßig leichte Weise Geld zu verschaffen. Briefkastenräuber haben offen zugegeben, daß ihnen nennenswerte Geldbeträge aus gewöhnlichen Briefen in die Hände gefallen sind. Häufig werden Briefe schon vor ihrer Einlieferung oder nach ihrer Abholung von den eigenen Leuten der Absender oder Empfänger entwendet oder beraubt. Für den Verlust oder die Beschädigung gewöhnlicher Briefe ist die Post aber nicht ersatzpflichtig. Auch bei der Versendung von Geld in Einschreibebriefen ist Vorsicht zu üben, denn der Absender erhält nur dann die gefällige Entschädigung von 40 Mark, wenn der Brief ganz verloren geht. Die einzig richtige Art, Geld zu verschicken, ist die mit Zahlkarte, Postanweisung oder auch Wertbrief.

Der Papst dekoriert die Ehrengarde.



Papst Pius XI. hat die Mannschaften seiner Ehrengarde wegen ihrer Verdienste bei den Feiern des heiligen Jahres mit Auszeichnungen belohnt.

Während der Geschäftsmann ruht, arbeiten seine Inserate!

Allen Freunden und Bekannten für die Gratulationen und Geschenke anlässlich unserer silbernen Hochzeit sprechen wir hiermit

herzlichen Dank

aus,

Wilhelm Velten und Frau

Hochheim, den 27. April 1926.



Der Traum der Frau:

Eine hübsche Bluse

Beyers Blusenführer

bringt 60 wunderhübsche Modelle

Preis: M. 1.20

Reichhaltiger Schnittbogen, vielfarbiger künstlerischer Umschlag. Zum Eigenbesitz wie zum Geschenk gleich geeignet.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich, sonst unter Nachnahme vom

VERLAG OTTO BEYER, LEIPZIG T

Gerichtliches.

○ In den Verurteilungen beim Postamt Sacharach. Schiedungen beim Postamt Sacharach im vergangenen Jahr fanden beim Gericht in Koblenz ein Nachspiel. Angeklagte waren drei frühere Angestellte des Postamts, die Beträge von 10 000 Mark unterschlagen und die Verurteilung durch geschickte Buchungsmanöver vertuscht hatten. Die Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von acht Monaten bis einem Jahr zwei Monaten.

○ Der Strafantrag gegen Heinrich Elarz. In großen Betrugsproben gegen den Kaufmann Heinrich Elarz konnte die Beweisführung geschlossen werden. Der Strafanwaltschaftsrat Kirchener hielt den Angeklagten in einer von Fällen des Betruges und der Untreue und in einem der Erpressung für überführt. Der Elarz antwortete lautstark insgesamt zwei Jahre Gefängnis und 15 000 Mark Strafe und auf Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte die Dauer von drei Jahren. Das Urteil wird erst in ein paar Tagen verkündet werden.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Grundvermögens- und Hauszinssteuer-Mahnung. Die bis zum 15. April 1926 fällig gewesene Grundvermögens- und Hauszinssteuer ist soweit sie noch rückständig und nicht gestundet ist, nebst dem Verzugszuschlag 3/4 % für jeden angefallenen halben Monat innerhalb 8 Tagen an die unterzeichnete Kasse einzubringen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Rückstände im Wege der Zwangsversteigerung eingezogen. Eine Zustellung Mahngebühren findet nicht statt.

Hochheim a. M. den 20. April 1926.

Die Stadtkasse Hochheim.

Betrifft: Öffentliche Impfung.

Nach Verfügung des Kreisausschusses in Wiesbaden wird die diesjährige Impfung durch den Herrn Kreisarzt vorgenommen.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 6. April ds. Jrs. sind die Impftermine wie folgt anderweit festgesetzt worden:

a. Erstimpfung am 5. Mai 1926 vormittags 9 Uhr für alle impfpflichtigen Kinder, das sind alle im Jahr 1925 geborenen und die in früheren Jahren geboren Kinder, die noch garnicht oder nicht mit Erfolg geimpft worden sind.

b. Wiederimpfung am 5. Mai ds. Jrs. vormittags 10 Uhr für die impfpflichtigen Mädchen und um 10.30 Uhr für die impfpflichtigen Knaben, das sind die Mädchen und Knaben im Jahre 1914 geboren sind und die Mädchen und Knaben aus früheren Jahren die noch garnicht mit Erfolg geimpft worden sind.

Die Nachschautermine werden am 12. Mai ds. Jrs. wie folgt abgehalten:

Um 10 Uhr vormittags für alle Erstimpflinge, um 10.45 Uhr für alle Wiederimpflinge. Die Erstimpfungen und Nachschau werden im Hause und die Wiederimpfungen und Nachschau in der Schule abgehalten.

Auf die pünktliche Befolgung der Impf- und Nachschau zu den angeordneten Terminen wird ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Hochheim a. M., den 24. April 1926.

Die Polizeiverwaltung: Arzbüro.

Haus- und Grundbesitz! Gewerbe! Handel! Rentner! Handwerker! Landwirte! Winzer!

Einladung zur

gegen

Staatssozialismus und Zwangswirtschaft, Finanz- u. Steuergebahren von Reich, Staat u. Kommune

Protest-Rundgebung

Mittwoch, den 28. April 1926. 3. abends 8.15 Uhr im Saale „zur Traube“ (Bef. Fritz Abt) Weiherstraße

Redner: Rechtsanwalt und Notar Dr. Werner Rhode, Stadtverordneter zu Frankfurt a. M.

Nach dem Vortrag:

Fassung einer dringlichen Entschliessung an die Regierungen des Reiches und der Länder.

Mittelständler: Erscheint vollzählig zum Protest! Es handelt sich um Eure Existenz!

Haus- und Grundbesitzer-Berein Jakob Brehm.

Handwerker- und Gewerbe-Berein Heinrich Schäfer.

Ortsbauernschaft und Weinbau-Berein Peter Hirschmann.

Henko Bleich-Soda

das altbewährte Einweichmittel!

Gymnastik als Lebensfreude

Von Paul Jensefs

Dieser wunderhübsche große Bilderband bringt die künsterliche neue Naturaufnahmen, die das Leben aller hervorruhen! Preis geb. RM. 6.50, Schw. Fr. 7.-, in halbleinen RM. 7.-, Schw. Fr. 8.75.

Neu!

Im monatlichen Mägen wurde von Paul Jensefs der ganze frischgelebte Leben und Treiben einer bekannten Gymnastikschule am Meer auf die Platte gebracht. Wie geistreiche Bilderreihe der Schönheit und des Frohsinns, Licht, Sonne u. Freiheit getaucht. Die durchweg ganz neuen Bilder werden nur in diesem Buche gezeigt. Paul Jensefs durch seine Körperkultur-Vorträge überall bekannt u. beliebt. (Verlag Dietz & Co., Stuttgart)

Zu beziehen durch: H. Dreisbach

Sänger-Bereinigung

Hochheim. Gesangsprobe. Mittwoch Abend im Saale des kath. Männervereins in Mainz, Ballplatz 14. Abfahrt 7.30 Uhr.

Man bitte kleinere Anzeigen bei Aufgabe sofort zu bezahlen.

Radfahrer-Berein

Einladung zu der Donnerstag, den 29. April abends 8.30 Uhr im Saale des Taunus-Radfahrers Vereins zur Mitgliederversammlung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen bittet.

Großer zweitägiger

Kleidermarkt

Damenmode- und Herrenmode. 41 und mod. Kleid großer und kleiner Größen. Kleiderstoffe. Kleiderstoffe. Kleiderstoffe.

So

Ersteinst: Dienstadt. Telefon 50. Gela.

Nummer 47.

Neues

Die Reichsregierung. Die Reichsregierung. Die Reichsregierung.

Der Reichsausschuss. Der Reichsausschuss. Der Reichsausschuss.

Bei dem Reichsausschuss. Bei dem Reichsausschuss. Bei dem Reichsausschuss.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.

Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse. Die Reichsausschüsse.